

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/144

30. Juli 1976

Bessere Ausbildungschancen für die Jugendlichen

-----  
Die Reform der beruflichen Bildung ein weiterer  
Schritt nach vorn

Von Helmut Rohde MdB  
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und  
SPD-Vorstandsmitglied

Seite 1 und 2 / 45 Zeilen

Fazit nach einem Jahr KSZE

-----  
Abkommen muß von allen Unterzeichnern respek-  
tiert und beachtet werden

Von Bruno Friedrich MdB  
Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer  
Sprecher der SPD-Fraktion

Seite 3 und 4 / 72 Zeilen

Mehr Mitwirkungsrechte für den Wähler

-----  
Weitreichende Vorschläge der Enquête-Kommission  
Verfassungsreform

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB  
Vorsitzender der Enquête-Kommission Verfassungs-  
reform und stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender

Seite 5 und 6 / 50 Zeilen

Strauß befahl und Goppel folgte

-----  
Der Skandal um die Bayern-Abstimmung im  
Bundesrat

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 7 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 06 96 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Bessere Ausbildungschancen für die Jugendlichen

Die Reform der beruflichen Bildung ein weiterer Schritt nach vorn

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und SPD-Vorstandsmitglied

Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz wird jetzt, nachdem die Beratungen im Bundesrat abgeschlossen sind, von der Bundesregierung dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung zugeleitet.

Mit diesem Gesetz hat die sozialliberale Koalition ihren politischen Willen in die Tat umgesetzt, für die Jugendlichen in der Bundesrepublik die Ausbildungschancen zu verbessern. Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz ist vor allem eine Hilfe für die Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen ab 1977;

- Mit einer kostenausgleichenden Umlagefinanzierung der Wirtschaft wird die Voraussetzung geschaffen, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen für die nächsten Jahre gesichert wird.

- Das neue Bundesinstitut für berufliche Bildung gibt erstmals allen an der beruflichen Bildung Beteiligten die Gelegenheit zu einer sinnvollen und effektiven Zusammenarbeit.

- Die neue Berufsbildungsetatistik macht Schluß mit der bisherigen Zahlenspielerlei über Angebot und Nachfrage an Ausbildungsplätzen; damit werden endlich die Grundlagen für eine vorausschauende Politik der beruflichen Bildung geschaffen.

- Mit dem Berufsbildungsbericht wird die Bundesregierung jedes Jahr über Stand und Entwicklung der beruflichen Bildung informieren

und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen für entsprechende Maßnahmen ziehen.

Mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz ist die von der Bundesregierung geforderte Kurskorrektur zugunsten der beruflichen Bildung weiter vorangetrieben worden. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsefraktionen von SPD und FDP im Deutschen Bundestag konnten gegen den halstarrigen Widerstand der CDU/CSU-Opposition im Bundestag und im Bundesrat schließlich doch noch im Interesse der Jugendlichen einen Fortschritt in der beruflichen Bildung erreichen. Die sozialliberale Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode an der Reform der beruflichen Bildung weiter arbeiten. Das bedeutet vor allem, daß die Inhalte der beruflichen Bildung verbessert und sie zu einem gleichwertigen Bestandteil unseres gesamten Bildungssystems ausgebaut werden.

Es ist zu hoffen, daß jetzt an die Stelle der Konfrontation die Kooperation aller an der beruflichen Bildung Beteiligten tritt. Dafür bietet das Ausbildungsplatzförderungsgesetz die geeignete Grundlage. Es wird sich sehr bald erweisen, daß gerade mit dem Bundesinstitut für berufliche Bildung ein Instrumentarium geschaffen wird, mit dem im Wege der Zusammenarbeit Entscheidungen in der beruflichen Bildung schneller und wirksamer getroffen werden können als in der bisherigen Vielzahl der Gremien. Die Jugendlichen haben ein Recht darauf, daß alle Kräfte darauf konzentriert werden, ihnen in den nächsten Jahren eine sichere und qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen.

(-/30.7.1976/mie/e)

+ + +

Fazit nach einem Jahr KSZE  
-----

Abkommen muß von allen Unterzeichnern respektiert und beachtet werden

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

In der Bundesrepublik steht die Diskussion um die vor einem Jahr vollzogene Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki unter einem anderen Vorzeichen als in allen anderen Unterzeichnerstaaten. Die CDU/CSU hat vor einem Jahr als einzige große Partei Europas die Ergebnisse von Helsinki abgelehnt und sich abseits der Vereinbarungen von 35 Staaten gestellt. Alle Diskussionen in der Bundesrepublik tragen deshalb den Geruch des Bemühens der CDU/CSU, im Wahlkampf ihr "Nein!" zur KSZE zu rechtfertigen. Deshalb auch das Bestreben, die Vorfälle an der innerdeutschen Grenze als gesamttypisch für das Scheitern der KSZE zu interpretieren. Es ist dies ein Rückfall der CDU/CSU in die 50er Jahre, wenn sie die Außenpolitik der Bundesrepublik nur in der Perspektive der innerdeutschen Problematik, ihrer Konflikte und Spannungen, sieht. Dabei sollte die CDU/CSU aus ihrer eigenen Regierungszeit und ihrer eigenen Machtlosigkeit gegenüber dem Problem der innerdeutschen Grenze erkennen, daß sehr rasch in einer Sackgasse endet, wer dies zum alleinigen oder wichtigsten Kriterium unserer Außenpolitik erhebt. Die berechtigte Kritik an der abscheulichen innerdeutschen Grenze darf die Bundesrepublik nicht blind machen gegenüber den großen Komplexen der internationalen Politik.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist der Versuch, zu verhindern, daß in Europa politische Spannungen mit der Gefahr eines III. Weltkrieges entstehen. Die Entspannungspolitik der SPD/FDP-Regierung, der Moskauer Vertrag, der Warschauer Vertrag, das Viermächteabkommen über Berlin, der Grundlagenvertrag mit der DDR und das Abkommen mit der CSSR waren für den Erfolg der Konferenz in Helsinki unverzichtbare Voraussetzungen. In Helsinki saßen 35 Teilnehmer am Tisch, davon 15 Staaten der NATO, sieben des Warschauer Paktes, 13 blockfreie Staaten. Die historische Bedeutung der Konferenz ist allein schon durch die Tatsache gegeben, daß zum erstenmal in diesem Jahrhundert alle europäischen Staaten - man muß

das Wort "alle" hervorheben - zusammenkamen, um sich über die Prinzipien ihres Zusammenlebens zu verständigen.

Die CDU/CSU stand diesem Bemühen ablehnend und mit Unverständnis gegenüber. Der CDU-Abgeordnete Dr. Alois Mertens sprach von "unumkehrbaren endgültigen Siegen sozialistischer Diplomatie", und die USA bedachte er mit dem Vorwurf: "Amerika muß jetzt alles tun, daß sich im Unterbewußtsein der heranwachsenden deutschen Politiker nicht der Slogan festsetzt: Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen. Von den Amerikanern lernen, heißt nachgeben lernen." Selten ist die egozentrische Arroganz und Sterilität der CDU/CSU deutlicher geworden als in diesem Mertens-Zitat; in der neuen Realität der Weltpolitik sind Bekundungen dieser Art bestenfalls Angatschreie kalter Krieger, die sich fürchten, die Gräben des Kalten Krieges verlassen zu müssen, rationale Argumente sind es nicht.

Die Bundesrepublik muß sich der Wirklichkeit der zweiten Hälfte der 70er Jahre stellen. In den kommenden Jahren werden neue Dimensionen einer Außenpolitik sichtbar werden, die weniger von den Ergebnissen des II. Weltkrieges, sondern mehr von der gemeinsamen Zukunft des europäischen Kontinents und seiner künftigen Rolle in der Weltpolitik geprägt sein wird.

Die Bundesrepublik geht in diese neue Epoche als ein Land, das neben den USA das Rückgrat der Atlantischen Allianz und zugleich nach den USA der wichtigste Partner der Sowjetunion ist; die Bundesrepublik hat durch ihr wirtschaftliches Gewicht in der EG und im Nord-Süd-Dialog einen hervorragenden Platz. Unter Beachtung dieser Rolle und dieses Ranges muß die Bundesrepublik heute ihre Außenpolitik sehen. Die geographische Lage der Bundesrepublik, die auch die CDU/CSU nicht zu ändern vermag, verlangt von uns gegenüber den osteuropäischen Staaten die Festigkeit in der Wahrung unserer Verfassungs- und Bündnispositionen, aber auch den Mut zu einer dynamischen Politik in der Entwicklung gutnachbarlicher und friedlicher Beziehungen. Für beide Ziele ist die Schlußakte der KSZE ein brauchbares politisches Instrument. In ihrer Antwortnote an die Sowjetunion hat die Bundesregierung vor allem die statischen Elemente dieser Beziehungen festgeschrieben.

Nach den Wahlen in den USA und in der Bundesrepublik sind die in demokratischen Staaten erforderlichen Voraussetzungen geschaffen, um für die Belgrader KSZE-Konferenz 1977 die dynamischen Elemente dieser Politik im Bündnis und in den bilateralen Beziehungen (dies gilt vor allem für Korb II: Wirtschaft, Technologie und Verkehr) zu entwickeln.

Korb III der KSZE-Schlußakte wird die Teilnehmerstaaten intensiv und in vielen Fragen auch kontrovers beschäftigen. Dies sollte nicht nur negativ beurteilt werden. In den Jahren des kalten Krieges hatte auch die Ideologie eine Funktion des Kalten Krieges. Gegenwärtig ist man Ost und West dabei, sich an die Formulierung der ideologischen Positionen unter den Bedingungen einer neuen Politik heranzutasten. Dies berührt auch die Diskussion um den Korb III. Fortschritte wird die KSZE-Schlußakte aber nur dann bringen, wenn sie von allen Unterzeichnern als Ganzes respektiert und behandelt wird.  
(-/30.7.1976/mie/e)

Mehr Mitwirkungsrechte für den Wähler

Weitreichende Vorschläge der Enquête-Kommission Verfassungsreform

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Vorsitzender der Enquête-Kommission

Verfassungsreform und stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender

Unter den zahlreichen Beratungsthemen der Enquête-Kommission Verfassungsreform, die ihren vorläufigen Abschluß gefunden haben, finden sich drei zusammenhängende Vorschläge zugunsten der politischen Einflußmöglichkeit der Bürger auf die Politik.

Die Kommission wird vorschlagen, das Wahlverfahren zum Bundestag in einem wichtigen Punkt zu ändern. Bisher wählt der Bürger mit seiner Erststimme den Wahlkreis Kandidaten, mit der Zweitstimme eine Partei als ganze. Die Parteien legen auf der Landesliste die Reihenfolge der Kandidaten fest, die dann, je nach der Stimmenzahl, in den Bundestag kommen. Die Enquête-Kommission schlägt vor, die Zweitstimme effektiver und differenzierter zu machen. Dem Wähler soll die gesamte Landesliste jeder Partei vorgelegt und die Möglichkeit gegeben werden, einem von ihm bevorzugten Kandidaten auf der Liste seine Stimme zu geben. Der Wähler muß also nicht die von der Partei bestimmte Listenfolge akzeptieren, sondern kann seinen politischen Wünschen personellen Ausdruck verschaffen. Durch die Abgabe kandidatenbezogener Stimmen kann es geschehen, daß ein weiter hinten auf der Liste stehender Bewerber nach vorne rückt und dadurch auch in seiner Partei seine Stellung stärkt. Das Modell ist schon aus dem bayerischen Landtagswahlrecht bekannt und hat sich dort durchaus bewährt.

In die gleiche Richtung geht der Beschluß der Kommission, die Wahlperiode des Bundestages nicht auf fünf Jahre zu verlängern, wie es in einigen Bundesländern der Fall ist, sondern die Dauer von vier Jahren aufrechtzuerhalten. Tragende Überlegung war auch hier, den Wähler nicht zu selten um seine politische Grundentscheidung zu bitten, sondern ihm in

angemessenen Abständen das Urteil über die Entscheidungen der Partei zu ermöglichen. Würde er in zehn Jahren nur zweimal zum Bundestag wählen, könnte sein Einfluß zu gering sein.

Weiter will die Enquête-Kommission dem Bundestag die Möglichkeit geben, mit Zweidrittel-Mehrheit seine Wahlperiode vorzeitig zu beenden und damit Neuwahlen zu beschließen. Auch dies stärkt Einfluß und Entscheidungsmacht der Bürger. Bei politischen "Schicksalsfragen", Grundfragen der Außen- oder Innenpolitik, hat der Bundestag die Möglichkeit, an den Wähler zu appellieren und sein Votum einzuholen, indem die Neuwahl diese Grundfrage zum Gegenstand der Wählerentscheidung macht. Das gilt besonders dann, wenn sich im Parlament einmal keine eindeutigen Mehrheiten mehr finden, wie es etwa bei den Patt-Situationen der Jahre 1966 und 1972 der Fall war. Dann wird sich keine politische Kraft dem Weg zu Neuwahlen verschließen können.

Außerdem hat die Kommission dafür gesorgt, daß zwischen dem Ende einer Wahlperiode und dem Zusammentritt eines neu gewählten Bundestages keine Lücken mehr eintreten können - auch dann nicht, wenn es sich um eine vorzeitige Beendigung der Wahlperiode (bisher Parlamentsauflösung) handelt. In jedem Fall endet ein Bundestag erst dadurch und in dem Augenblick, wenn der nächste Bundestag zusammentritt.

Der Wähler wird also mehr Einfluß auf die Zusammensetzung des Bundestages haben, er wird einen kontinuierlichen Bundestag wählen, und er wird frühzeitiger um seine Stimme gebeten werden, falls keine klaren Mehrheiten für wichtige politische Entscheidungen zur Verfügung stehen. Damit gibt die Enquête-Kommission Verfassungsreform ihrem Vertrauen in den mündigen, urteilsfähigen Bürger Ausdruck.

(-/30.7.1976/mie/e)

### Strauß befahl und Goppel folgte

Der Skandal um die Bayern-Abstimmung im Bundesrat

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Der CSU-Führer Franz Josef Strauß befahl und die bayerische Landesregierung folgte. Entgegen einem Mehrheitsbeschluss in seinem Kabinett wies Ministerpräsident Alfons Goppel aufgrund einer telefonischen Intervention des Urlaubers Strauß den Stimmführer Bayerns im Bundesrat an, gegen die vom Bundestag beschlossenen Anti-Terroristen-Gesetze zu votieren, obwohl es zu einer Absprache unter den CDU/CSU-regierten Ländern gekommen war, sie aus wahltaktischen Gründen doch noch passieren zu lassen.

Damit hat der Zuchtmeister und Zensor der Opposition seinen Rachezug für den 12. März dieses Jahres fortgesetzt. Damals hatten die Unions-Regierungen mit einer geschlossenen Kehrtwendung überraschend den Polen-Vereinbarungen im Bundesrat zugestimmt. Strauß, der parallel dazu einen Neu-Beschluss seines Partei-Vorstandes inszeniert hatte, fühlte sich dadurch desavouiert, mußte aber angesichts der Stimmungslage bei dem CSU-Parteitag in München auf eine sofortige Maßregelung der Abweicher von seiner totalen Konfrontationsstrategie à la Sonthofen verzichten.

Doch die Strafexpedition war nur aufgeschoben. Ihr Nachvollzug traf mit wenigen Monaten Verzögerung seinen "Parteifreund" Dr. Franz Heubl, den bayerischen Minister für Bundesangelegenheiten. Das zu diesem Zweck im Büro und mit Wissen von Strauß erarbeitete Dossier wird als ungeheurerlicher Vorgang in die Geschichte demokratischer Parteien eingehen. In Weiterführung dieses denunziatorischen Unternehmens hat der CSU-Vorsitzende jetzt das ganze bayerische Kabinett öffentlich zum Marionettentheater degradiert. Er zahlte es damit vor allem auch dem Ministerpräsidenten Goppel heim, der ihm am 13. März 1976 auf dem CSU-Parteitag eine moralische Niederlage bereitet hatte.

Hier ist nicht nur ein weiteres Schlaglicht auf das merkwürdige Demokratie- und Verfassungsverständnis von Strauß, sondern auch auf den erschreckenden inneren Zustand der CSU gefallen, der durch die Strukturen einer Führerpartei gekennzeichnet ist.

Aber der manische Drang von Franz Josef Strauß nach weiterer Genugtuung für versuchte oder gelegentlich sogar vollendete Gehorsamsverzögerung ist noch keineswegs befriedigt. Mit Hilfe der sogenannten "Vierten Partei", einem von Strauß gezinkten Joker in unserer wahlpolitischen Landschaft, läßt er auch Unbotmäßigkeit und Kritik in den Reihen der CDU unachtsam ahnden. Nicht zuletzt sieht sich Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl durch diese tückische Taktik auf den Weg der endgültigen Kapitulation vor dem eigentlichen Oppositionschef und vor dessen "Konzeption" zur Rückeroberung der Macht in Bonn gezwungen. Der CDU-Vorsitzende mußte sich bereits zu einem inzwischen bekanntgewordenen konspirativen Treffen mit der Spitze der "Vierten Partei" herbeilassen. Trotz aller starken Worte an die Adresse dieser eigenartigen Gruppierung konnte er es sich bisher nicht einmal erlauben, der AVP-Forderung nach Bereitstellung eines sicheren CDU-Wahlkreises in seinem Stammland Rheinland-Pfalz eine unmißverständliche Absage zu erteilen. (-/30.7.1976/mie/e)